

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 2. Juni 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juni 2026)

zum Thema:

Kenntnisse des Senats über die sexuelle Ausbeutung von jungen, sozial schwachen Mädchen durch „Männergruppen“

und **Antwort** vom 9. Juli 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juli 2026)

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26461

vom 2. Juni 2026

über Kenntnisse des Senats über die sexuelle Ausbeutung von jungen, sozial schwachen Mädchen durch „Männergruppen“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Laut eines Berichtes der Zeitung Die Welt vom 30. Mai 2026 sollen „Männergruppen“ aus jüngeren und älteren Männern, meist migrantischer Herkunft, in Nürnberg junge, meist sozial schwächere Mädchen drogenabhängig gemacht und sie dann sexuell ausgebeutet haben. Dies erfolgte insb. an sog. sozialen Brennpunkten. Die Jugendhilfe habe seit langem darauf hingewiesen.¹

1. Hat der Senat Kenntnis von ähnlichen Gegebenheiten in Berlin?

¹ www.welt.de/politik/deutschland/plus6a16c179bd0d0e58e09d94c3/nuernberger-hauptbahnhof-absolut-abgefueckt-was-hier-passiert-drogendealer-sollen-minderjaehrige-zum-sex-genoetigt-haben.html

2. Falls ja, wo sind diese sozialen Brennpunkte, an denen es zu solchen Vorfällen kommt?
3. Gibt es dementsprechende Warnungen der Berliner Jugendhilfe?
4. Welche Erkenntnisse hat die Berliner Polizei?
5. Wie schützt der Senat diese vulnerable Gruppe (meist sozial schwache Mädchen) vor solchen Machenschaften?

Zu 1. bis 5.: Dem Senat sind aktuell keine vergleichbaren Vorkommnisse im Land Berlin bekannt. Die Polizei hat derzeit keine entsprechenden Erkenntnisse für Berlin und auch aus Jugendämtern liegen aktuell keine entsprechenden Meldungen oder Hinweise vor.

Der Senat misst dem Thema insgesamt einen hohen Stellenwert bei und hat im Rahmen des Netzwerkes Kinderschutz (unter Federführung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie) seit Februar 2024 eine zusätzliche Fachberatungs- und Koordinierungsstelle bei Handel mit und Ausbeutung von Minderjährigen in Berlin eingerichtet und finanziert. Die spezialisierte Fachberatungsstelle berät in Fragen des Kinderschutzes rund um das Thema Menschenhandel zu den vielfältigen Erscheinungsformen der Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen.

Das Angebot umfasst alle Erscheinungsphänomene des Menschenhandels, so auch die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen. Die Fachberatungsstelle kooperiert u. a. mit den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, Vormündern, Richterinnen und Richtern an Familien- und Strafgerichten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Straf- und Ermittlungsbehörden und Fachkräften des Gesundheitswesens.

Zudem existiert in Berlin seit März 2025 ein verbindliches Verfahren, welches durch die Fachkräfte der Jugendämter bei Vorliegen des Handels mit Minderjährigen und deren Ausbeutung (alle Erscheinungsphänomene umfassend) anzuwenden ist und welches im entsprechenden Handlungsleitfaden beschrieben wird:

<https://invia-berlin.de/handlungsleitfaden/>.

Der Leitfaden bildet darüber hinaus die für Berlin bestehenden Kooperationen zwischen den beteiligten Akteuren ab und sichert ein geeintes und für alle transparentes Vorgehen. Zur Zusammenarbeit von Jugendamt und Strafverfolgungsbehörde finden sich umfangreiche Empfehlungen in dem Leitfaden.

Berlin, den 9. Juli 2026

In Vertretung

Falko Liecke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie